

Münster, 29. September 2026

Antrag

Gemeinsame Wache von Polizei und KOD sicherstellen

Der Ausschuss für Personal, Sicherheit und Ordnung möge beschließen:

1. Der Ausschuss bekräftigt das Ziel, im unmittelbaren Umfeld des Hauptbahnhofs einen gemeinsamen Standort von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst zu schaffen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Münster und den weiteren Projektpartnern den aktuellen Umsetzungsstand des am 23. Mai 2025 vereinbarten Vorhabens am Berliner Platz darzustellen und dem Ausschuss einen verbindlichen weiteren Zeit- und Maßnahmenplan vorzulegen.

Dabei sind insbesondere darzustellen:

- a) der aktuelle Stand der Abstimmungen zwischen Stadt Münster und Polizeipräsidium,
 - b) die Anforderungen von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst an Flächen, Betrieb und Erreichbarkeit,
 - c) offene Entscheidungen oder Hindernisse auf Seiten der Stadt, des Landes oder der Projektpartner,
 - d) der Zeitplan für die Schaffung des erforderlichen Planungsrechts,
 - e) mögliche Übergangslösungen, falls die bauliche Realisierung des endgültigen Standortes längere Zeit in Anspruch nimmt.
3. Ziel bleibt eine gut sichtbare, niedrighschwellig erreichbare und dauerhaft besetzte Präsenz von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst im Bahnhofsumfeld. Sie ist mit den bestehenden Maßnahmen der Drogenhilfe, der Sozialarbeit, des Quartiersmanagements und der städtebaulichen Aufwertung zu verbinden.

Begründung:

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Wache von Polizei und KOD am Hauptbahnhof ist unter allen Beteiligten weitgehend unbestritten. Es gibt bereits eine gemeinsame Absichtserklärung („Letter of Intent“) von Stadt, Polizei, Deutscher Bahn, Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) und der Projektentwicklerin AREO aus Mai 2025.

Seitdem ist aber leider nicht mehr viel passiert. Insbesondere wartet das Land NRW schon seit längerem auf eine verbindliche Zusage der Stadt zur Umsetzung des Vorhabens. Das Zeitfenster droht sich zu schließen. Damit wäre die einmalige Chance, eines solches Projekt umzusetzen, wahrscheinlich endgültig vertan.

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der CDU-Ratsfraktion geboten, im zuständigen Ratsausschuss noch einmal einen politischen Aufschlag zu unternehmen.

Für uns ist klar, dass die Sicherheit in der Stadt, insbesondere an einem Brennpunkt wie rund um den Hauptbahnhof, höchste Priorität haben muss, auch in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage.

Münster, 29.09.2026

gez. Stefan Leschniok und Fraktion